# Morgen-Ausgabe
# Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Alle Manuskript gedruckt, Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

| 3. Jahrg. 1936 | Berlin, Freitag, 3. Juli | Nr. 861 |
|---|---|---|


**Der Führer bei der Trauerfeier der Leibstandarte.**

**Berlin, 2. Juli.** In der ehemaligen Kadettenanstalt in Lichterfelde, dem Standort der Leibstandarte Adolf Hitler, fand am Donnerstag abend die Trauerfeier für die vier bei Magdeburg tödlich verunglückten Kameraden des Musikkorps der Leibstandarte statt.

Nach langen die Straßen der untergehenden Sonne über dem weiten Kasernenhof, auf dem die toten Kameraden aufgebahrt waren. Ehrenposten standen neben den mit der Fahne des neuen Deutschland bedeckten Särgen, auf denen die Stahlhelme der Verunglückten, des SS-Unterscharführers Teichmann, des SS-Rottenführers Weißner und der SS-Männer Dünnebier und Pohland lagen. Aus vier von SS-Männern getragenen Pylonen leuchtete Feuerschein zum Himmel empor. Im offenen Viereck waren das I. und III. Bataillon, das Musikkorps und die technischen Einheiten, sowie das Führerkorps der Leibstandarte angetreten.

Gegen 21 Uhr erschien der Führer in Begleitung von Obergruppenführer Brückner, Obergruppenführer Sepp Dietrich und Generalleutnant Schaumburg.

Leise setzte das Musikkorps mit einem Trauermarsch ein. Als die Melodie verklungen war, trat der Kommandeur der Leibstandarte Obergruppenführer Sepp Dietrich vor die aufgebahrten Kameraden, um ihnen einen letzten kurzen Abschiedsgruß zuzurufen.

Es sei nicht soldatisch, zu klagen und zu weinen, sondern hart zu bleiben, wie es die Toten bis zum letzten Augenblick gewesen seien. Wer sich den Beruf des Soldaten ausgesucht habe, der müsse jeden Tag zum Sterben bereit sein. Er erinnerte daran, daß das Musikkorps auf seiner zehntägigen Konzertreise nach unendlich vielen Volksgenossen habe Freude bereiten können, und daß als Zeichen der Beliebtheit, der sich das Musikkorps erfreue, unzählige Beileidsschreiben eingegangen seien.

Während das Lied vom Guten Kameraden erklang, die Fahnen sich senkten und der Führer die Toten grüßte, dröhnte als letzter militärischer Abschied der Ehrensalut über den Platz. Noch einmal erklang das Deutschland- und das Horst Wessel-Lied, das die Toten so oft in ihrem Leben in den Reihen ihrer Kameraden gespielt hatten, den Hinmarsch. Dann trat das I. Bataillon mit dem Musikkorps zu einem letzten stummen Vorbeimarsch an. Langsam verließ der Führer den Platz, über dem tiefes Schweigen lag.

Hierauf wurden die Särge in die Eingangshalle des Adolf Hitler-Hauses getragen, wo sie über Nacht stehen bleiben, bis am Freitag die Ueberführung in die Heimatorte der Toten stattfinden wird.

**Der neue deutsche Gesandte in Kopenhagen eingetroffen.**

**Kopenhagen, 2. Juli.** Der neue deutsche Gesandte in Kopenhagen, von Renthe-Fink, ist am Donnerstag abend in Kopenhagen eingetroffen. Zu seinem Empfang hatte sich auf dem Kopenhagener Hauptbahnhof neben seiner Gattin, die bereits seit einiger Zeit in der Hauptstadt weilt, der deutsche Geschäftsträger, Gesandtschaftsrat Duckwitz, mit sämtlichen Herren der Gesandtschaft eingefunden. Erschienen waren ferner der Landesfreisleiter der NSDAP für Dänemark, Pg. W. Haupt, und der Vorstände der deutschen Kolonie in Kopenhagen und der Ortsgruppenleiter der NSDAP, Schäfer.

**Der Abgeordnete Zajicek Minister ohne Geschäftsbereich.**

**Prag, 2. Juli.** Der Präsident der Republik ernannte durch Handschreiben den Leiter der deutschen christlich-sozialen Partei, Abgeordneten Erwin Zajicek, zum Minister ohne Geschäftsbereich.

**Baldwin vor dem Unterhaus.**

**London, 2. Juli.** Der Premierminister Baldwin traf am Donnerstag mittag plötzlich wieder von seinem kurzen Urlaub wieder in London ein und begab sich ins Unterhaus. Baldwin wurde, als er das Haus betrat, von minutenlangem Beifall seiner Anhänger begrüßt. Sein Urlaub hat bekanntlich der Opposition zu einer ganzen Fülle von Gerüchten Anlaß gegeben, die aber durch sein Wiedererscheinen zunächst einmal alle Lügen gestraft sind. In unterrichteten Kreisen wird auch versichert, daß er nicht an seinen Rücktritt denke und daß alle gegenteiligen Behauptungen auf freier Erfindung seiner Gegner beruhten.

Baldwin hatte im Unterhaus zunächst die Anfrage des Abgeordneten **Johnston** zu beantworten, der ihn gefragt hatte, ob er angesichts der Tatsache, daß er in der Frage des Umfanges der deutschen Luftaufrüstung „irregeführt" worden sei, nunmehr über die Quellen, die er zu seiner Unterrichtung benutzt habe, abgeben wolle, und ob er seine gegenwärtigen Quelle für verläßlich halte.

**Baldwin** erwiderte, daß es ausscheinend einige Mißverständnisse über seine Erklärung gegeben habe. Es sei nicht richtig, daß es irgendwelche Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Luftfahrtministerium wegen der früheren Schätzungen über den Umfang der deutschen Luftaufrüstung gegeben habe. Sowohl er, wie Lord Londonderry, hätten auseinandergesetzt, daß die Beschleunigung der deutschen Rüstungen größer gewesen sei als sie und ihre Ratgeber vorausgesehen hätten. Es bestünde daher kein Grund für die Annahme, daß er Warnungen, die er von seinen Ratgebern bezüglich der Beschleunigung der deutschen Luftaufrüstung erhalten habe, nicht beachtet habe. Als er gesagt habe, daß er „irregeführt" worden sei, habe er keinem Ressort und keiner Persönlichkeit irgendwelche Vorwürfe machen wollen, und wenn dieser Eindruck Glauben gefunden habe, freue er sich, ihn richtigstellen zu können. Die Regierung sei übrigens der Ansicht, daß die gegenwärtig in ihrem Besitz befindlichen Informationen aus verschiedenen Quellen den tatsächlichen Zustand wiedergeben, soweit er überhaupt festgestellt werden könne.

In einer an die Presse ausgegebenen Mitteilung gab **Lord Londonderry** seiner höchsten Befriedigung über die Erklärung Baldwins im Unterhaus Ausdruck. Lord Londonderry hat sich bekanntlich vor kurzem in einer Rede gegen die Behauptung gewandt, daß er den Premierminister irregeführt habe.

**Französische Kammer in Alarmbereitschaft.**

**Paris, 1. Juli.** Wie aus den Wandelgängen der Kammer verlautet, soll die Regierung die Absicht haben, in diesem Jahre nicht wie gewöhnlich die beiden Kammern in die Ferien zu schicken. Die beiden Kammern sollen sich vielmehr nach Verabschiedung der wichtigsten Vorlagen lediglich auf unbestimmte Zeit vertagen, so daß die Präsidenten sie je nach den Umständen im Oktober oder auch früher wieder einberufen können.

Wie weiter verlautet, hat sich Kriegsminister Daladier am Mittwoch nachmittag im Heeresausschuß der Kammer gegen eine Verkürzung der Dienstzeit ausgesprochen. Des weiteren soll der Kriegsminister einige Einzelheiten über die Besatzungsstärke der Festungstruppen an der Nordostgrenze gegeben haben. Diese Truppen beliefen sich gegenwärtig auf etwa 160 000 Mann und seien völlig ausreichend für die Sicherheit an der Grenze. Der Minister kündigte weiter an, daß er gewillt sei, das Leben der Festungstruppen zu verbessern; die Kasernenzeit solle in Zukunft im Prinzip auf sechs Monate beschränkt bleiben; Lagerleben und Sport sollen hinzugen mehr berücksichtigt werden.

Von der Kammer werde der Minister eine möglichst schnelle Verabschiedung des Nationalisierungsgesetzes für die Rüstungsindustrie, sowie die notwendigen Kredite für die nationale Verteidigung, besonders für den Ausbau der Motorisierung, fordern.

Im Luftfahrtausschuß der Kammer setzte Luftfahrtminister Pierre Cot in großen Zügen das Heeres-Luftfahrtprogramm auseinander, insbesondere im Hinblick auf die Nationalisierung der Flugzeugindustrie und ihre Organisierung. Der Ausschuß sprach dem Minister sein volliges Vertrauen für die Durchführung der bestbüchtigten Reformen aus, die zum Wohle der nationalen Wirtschaft und der Stärkung der französischen Luftfahrt beitragen würden.

Im Finanzausschuß der Kammer erklärte Finanzminister Vincent-Auriol, daß seit der Verabschiedung des Gesetzes über die im Auslande befindlichen Vermögen der Gesellschaft in die Keller der Bank von Frankreich eingesetzt habe. Täglich gingen etwa 150 Millionen Gold ein. Seit Beginn dieser Woche seien rund 400 Millionen in die Keller der Bank zurückgekehrt.

**Pariser Kammer stimmt verlängerter Schulzeit zu.**

**Paris, 2. Juli.** Die Kammer hat am Donnerstag den Gesetzentwurf über die Verlängerung der Schulzeit mit 468 gegen 80 Stimmen angenommen.

**Eine Entschließung der Demokratischen Allianz.**

**Paris, 2. Juli.** Der Vorstand der Demokratischen Allianz nimmt in einer Entschließung gegen die revolutionäre Aufreizung und gegen eine Politik Stellung, die unter dem Druck der Kommunisten die Nation zum Ruin führe und den Mittelstand aufreibe. Sie fordert zum Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Verarmung des Volkes, zur Achtung des Eigentums, zur Ordnung auf der Straße, zum sozialen Fortschritt, zur Pflege der Vaterlandsliebe und zum Frieden auf.

**Der Generalgouverneur von Algerien berichtet.**

**Paris, 2. Juli.** Angesichts der schweren politischen Zusammenstöße in Französisch-Algerien ist der Generalgouverneur von Algerien am Donnerstag im Flugzeug nach Paris abgereist, um über die Lage Bericht zu erstatten.

**Blutige Zusammenstöße in Algerien.**

**Paris, 2. Juli.** In Französisch-Algerien ist es am Mittwoch erneut zu blutigen Zusammenstößen gekommen, bei denen auch Truppen eingesetzt wurden. Linksstehende Elemente versuchten auf dem Rathaus von Mostaganem die rote Flagge zu hissen. Dabei kam es zu heftigen Skirmisen mit Nationalisten. Schließlich fielen Schüsse. Mehrere Personen wurden verletzt. Die Gendarmerie mußte eingreifen. Mehrere Kundgeber wurden festgenommen. Truppenverstärkungen wurden zur Wiederherstellung der Ordnung von auswärts herangeholt.

In Algier ereigneten sich am Mittwoch ebenfalls wieder Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei. Zwei Polizeibeamte wurden verletzt. Die Polizei nahm neun Personen fest.

Zu den Unruhen in Oran wird noch folgendes bekannt: 87 national eingestellte Bürgermeister von insgesamt 120 Bürgermeistern des Verwaltungsbezirks von Oran haben eine Entschließung angenommen, in der sie die Regierung auffordern, dafür zu sorgen, daß die Ordnung auf der Straße, das Recht des Privateigentums und die öffentlichen Freiheiten geachtet werden. Sie könnten auch nicht dulden, daß das Absingen der Marseillaise als Herausforderung angesehen werde und nicht zulassen, daß den nationalen Kreisen verboten werde, am 14. Juli, dem nationalen Feiertag, einen Umzug zu veranstalten. Die 87 Bürgermeister erklären sich im übrigen mit dem Bürgermeister von Oran, dem Abbé Lambert, verbunden und drohen für den Fall, daß man ihn abbeizen sollte, mit der Niederlegung ihrer Aemter.

Als die Bürgermeister das Rathaus von Oran verließen, fiel plötzlich ein Schuß, der niemandem traf. Dagegen wurde ein stellvertretender Bürgermeister durch einen Steinwurf aus der Menge verletzt.

Der Bürgermeister von Oran, Abbé Lambert, hat seine Kollegen auf die seit einiger Zeit gegen ihn unternommenen Angriffe verwiesen und ihnen als sein politisches Testament folgendes anbefohlen: „Wenn ich Opfer eines Anschlages oder einer Zwangsmaßnahme werde, bitte ich Euch, die rächende Geste zu machen!"

**Um die Freiheit der Meerengen.**

**Montreux, 1. Juli.** In der Sitzung des technischen Ausschusses der Meerengenkonferenz beantragte die englische Abordnung, daß in Artikel 1 des neuen Abkommens der Grundsatz der freien Durchfahrt und des freien Schiffsverkehrs in den Meerengen, der in Artikel 1 des Lausanner Vertrages verkündet worden war, wieder aufgenommen werde, unbeschadet der durch die Wiederbefestigung der Meerengen logischerweise erforderlichen Abänderungen. Die englische Abordnung wurde in diesem Begehren von anderen Abordnungen unterstützt.

Die türkische Abordnung erklärte, sie habe keineswegs die Absicht, den Grundsatz der freien Durchfahrt umzustoßen, der sich übrigens aus der in dem vorgesehenen Abkommen getroffenen Regelung ergebe. Sie verlange jedoch, daß der englische Antrag von einer Vollsitzung der Konferenz nach der Aussprache über die anderen Artikel des Entwurfs erörtert werde. Diesem Wunsche gab der Ausschuß statt.

**Sowjetkritik an der türkischen Meerengen-Politik.**

**Moskau, 2. Juli.** Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion verbreitet einen Aufsatz der Iswestija über die türkischen Befestigungen der Meerenge. Nachdem das Blatt die Bedeutung der sowjetrussischen Freundschaft für die neue Türkei behandelt hat, erklärt es, daß der türkische Entwurf des neuen Meerengen-Vertrages von der Sowjetunion nicht als freundschaftlich bezeichnet werden könne. Er überlebe die berechtigten Interessen der Sowjetunion, deren Grenzen nicht allein am Schwarzen Meer, sondern auch an der Ostsee, dem Stillen Ozean und im nördlichen Eismeer liegen. Die türkische Haltung sei unverständlich und könne nur dadurch erklärt werden, daß eine sowjetfeindliche imperialistische Macht auf Ankara Einfluß gewonnen habe. Es lägen auch schon Nachrichten vor, daß dieser Macht die Besetzung der Meerengen übertragen worden sei. Man könne aber nicht die Sowjetunion, die für ihre Sicherheit eintrete, mit den Staaten außerhalb des Schwarzen Meeres auf gleichen Fuß setzen. Entweder werde das Schwarze Meer geschlossen, dann sei die Einfahrt für niemanden, auch nicht zu „höflichkeitsbesuchen", erlaubt, oder das Schwarze Meer bleibe offen, und dann müsse die Sowjetflotte das Recht zur freien Ausfahrt und Rückkehr haben.

**Blutige Landarbeiterunruhen in Polen.**

**Warschau, 2. Juli.** Auf einem Gutshof im Kreise Rudki (Wojewodschaft Lemberg) ist es zu einem schweren Zusammenstoß zwischen einer Polizeiabteilung und Gutsarbeitern gekommen.

Auf dem Gute Dzirom Tuliglowski waren Saisonarbeiter beschäftigt, die von den Dorfbewohnern seit einigen Tagen an der Arbeit verhindert wurden. Die Dorfarbeiter forderten die Entlassung der Saisonarbeiter und gingen mehrfach tätlich gegen sie vor. Die Polizei, die zur Herstellung der Ruhe herbeigeholt worden war, wurde von den erregten Dorfbewohnern angegriffen, sodaß sie gezwungen war, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Dabei wurden sieben Personen erschossen und drei verwundet.

Auch in Krzeszowice im Kreise Przeworsk (Galizien) ist es zwischen streikenden Landarbeitern und der Polizei zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Kommunistische Agitatoren hetzten dort die Landarbeiter zu einem Angriff auf die Polizei, die eine Salve abgeben mußte. Es wurden acht Personen getötet und eine bisher nicht bekannte Anzahl verwundet.

**Marschall Badoglio Ehrenbürger von Rom.**

**Rom, 2. Juli.** Marschall Badoglio ist auf Antrag des Gouverneurs von Rom das römische Ehrenbürgerrecht verliehen worden.

**Empfang eines Schwarzhemdenbataillons in Rom.**

**Rom, 2. Juli.** Die Rückkehr des studentischen Schwarzhemden-Bataillons „Guartatone und Montanara" aus Ostafrika hat am Donnerstag nachmittag in Rom zu stürmischen Kundgebungen geführt. Das Bataillon marschierte vom Bahnhof nach der Piazza Venezia unter einem wahren Blumenregen und begab sich nach einer Ehrung des unbekannten Soldaten und nach Besichtigung durch Mussolini in die Universitätsstadt. Dort wurde den heimkehrenden Schwarzhemden von ihren Kommilitonen und den Professoren ebenfalls ein festlicher Empfang bereitet.

**Unterwerfung abessinischer Stammeshäuptlinge.**

**Rom, 2. Juli.** Nach einer Meldung aus Addis Abeba sind 250 Stammeshäuptlinge und Notabeln aus allen Teilen Abessiniens auf dem Wege nach Addis Abeba, um dem Vizekönig von Abessinien, Marschall Graziani, ihre Unterwerfung zu erklären.

**Volksabstimmungsergebnis in der Provinz Galicien.**

**Madrid, 3. Juli.** Ueber die am Sonntag in Galicien veranstaltete Volksabstimmung für ein autonomistisches Statut liegen nunmehr abschließende amtliche Zahlen vor.

An der Abstimmung haben sich danach 73 v. H. der Wahlberechtigten, d. i. 992 000 Wähler, beteiligt. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 1 343 000 und die für die Gültigkeit der Wahlen gesetzlich vorgeschriebene Zweidrittelmehrheit 895 000.

Die mit dem galicischen Autonomiestatut zusammenhängenden Fragen werden nunmehr vor dem Madrider Landtag behandelt werden.

**Juden unterhalten ein kommunistisches Büro in Haifa.**

**Jerusalem, 2. Juli.** 60 politische Häftlinge, die im Konzentrationslager Sarafand untergebracht sind, traten am Mittwoch in den Hungerstreik. Im Judenviertel von Haifa wurde in der letzten Zeit mehrfach kommunistisches Zersetzungsmaterial gefunden, das in arabischer, britischer und deutscher Sprache abgefaßt ist und zum offenen Aufruhr auffordert. Die eingehenden Untersuchungen belasteten mehrere jüdische Kommunisten. Nunmehr wurden zwei Juden verhaftet, da begründeter Verdacht besteht, daß sie Leiter einer kommunistischen Zentrale sind.

Um den Schutz des Jerusalemer Senders zu gewährleisten, ist das Gebiet im Umkreis von 500 Metern um das Sendegebäude unter Ausnahmezustand gesetzt worden.

**Abwartende Haltung Brasiliens gegenüber dem Völkerbund.**

**Rio de Janeiro, 2. Juli.** Vor dem Auswärtigen Ausschuß des Parlaments erklärte Außenminister Macedo Soares, daß Brasilien keine Eile in der Anerkennung der Annexion Abessiniens haben könne, solange sich die unmittelbar interessierten Mächte noch nicht entschieden hätten.

Auf eine Anfrage wegen der Rückkehr Brasiliens in den Völkerbund antwortete der Minister, daß Brasilien weder eine entsprechende Einladung erhalten, noch die Regierung die Rückkehr zum Gegenstand irgendwelcher Ueberlegungen gemacht habe.


Verantwortlich: i. V. Hermann Rüdiger, Berlin-Friedenau.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.